



## **NIEDERSCHRIFT**

über die öffentliche 12. Sitzung des Stadtrates

**Datum:** 27.04.2021

**Beginn:** 19:00 Uhr

**Ort:** Puchheimer Kulturzentrum

**Ende:** 22:31 Uhr

### **Anwesend:**

#### **Erster Bürgermeister**

Seidl, Norbert

#### **Zweiter Bürgermeister**

Sengl, Manfred, Dr.

#### **Dritter Bürgermeister**

Hofschuster, Thomas

#### **Mitglieder des Stadtrates**

Arnold, Anja

Ehm, Rosmarie

Ehrensberger, Josef

Gigliotti, Gisella

Heil, Thorsten

Hoiß, Günter

Honold, Jürgen

Horn, Gudrun, Dr.

Kamleiter, Karin

Keil, Max

Knürr, Hans

Koch, Martin

Krebs, Stefan

Matthes, Sigrun, Dr.

Olschowsky, Christian

Peukert, Michael

Ponn, Barbara  
Salcher, Thomas  
Schneider, Dominik  
Sippel, Dorothea  
Strobl-Viehhauser, Sonja  
Wiesner, Marga  
Winberger, Lydia  
Wirth, Wolfgang  
Wuschig, Wolfgang  
Zöller, Rainer

**Berufsmäßige Stadträte**

Heitmeir, Harald  
Tönjes, Jens

**Schriftführer/in**

Wipiejewski, Isabell

**Verwaltung**

Dinkelmaier, Judith

**Abwesende und entschuldigte Personen:**

**Mitglieder des Stadtrates**

Leone, Jean-Marie  
von Hagen, Michaela

### Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

TOP 1	Eröffnung der Sitzung und Genehmigung der Niederschriften (StR Sitzung v. 23.03.2021)	
TOP 2	Aktuelle Viertelstunde	
TOP 3	Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters	
TOP 4	Freiflächengestaltungssatzung - hier: Satzungserlass	2021/0087
TOP 5	Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Puchheim	2021/0068
TOP 6	Geldanlage bei der Greensill Bank AG; Zwischenbericht des Rechnungsprüfungsausschusses; Antrag der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses	2021/0089
TOP 7	Kindertagesbetreuung: Entlastung Elternbeiträge April und Mai 2021	2021/0088
TOP 8	Bundestagswahl am 26. September 2021, "Erfrischungsgeld" für die ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer	2021/0052
TOP 9	Bestellung einer Beschäftigten zur Standesbeamtin des Standesamts Puchheim	2021/0060
TOP 10	Gaslieferung für kommunale Liegenschaften; Vorbereitung der Ausschreibung für den Lieferzeitraum ab 01.01.2022 bis voraussichtlich 01.01.2025; Festlegung von Produkt und Zuschlagskriterium	2021/0083
TOP 11	Empfehlung Kunstkommission über Ankauf eines Kunstwerkes in 2021	2021/0042
TOP 12	Mitteilungen und Anfragen	

**TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Genehmigung der Niederschriften (StR Sitzung v. 23.03.2021)**

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er kündigte an, dass in Puchheim zwei zusätzliche Schnellteststationen am Grünen Markt und an der Laurenzer Grundschule eingerichtet würden, so dass dann vier Stationen zur Verfügung stünden. Nachfolgend stellte er die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Stadtrat Leone und Stadträtin von Hagen seien entschuldigt und Stadträtin Dr. Matthes noch nicht anwesend. Einwände gegen die Tagesordnung gab es keine. Die Niederschrift der öffentlichen Stadtratssitzung vom 23. März 2021 wurde einschließlich der im Vorfeld von Stadtrat Hoiß und Stadtrat Schneider per E-Mail eingereichten Änderungen genehmigt. Auf Anfrage von Stadträtin Sippel sicherte der Vorsitzende zu, eingereichte Änderungen zukünftig deutlich zu kennzeichnen.

**TOP 2 Aktuelle Viertelstunde**

Wortmeldungen aus der Bürgerschaft gab es keine.

**TOP 3 Bekanntgaben des Ersten Bürgermeisters**

Der Vorsitzende gab bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der letzten Sitzung diverse Vergaben für die Generalsanierung und Erweiterung des Schwimmbades beschlossen worden seien und nannte die jeweils beauftragten Firmen. Weiter erklärte er, dass die Ablösezahlungen für das Haus Elisabeth und die Wohnungen pünktlich eingegangen seien und die Stadt die zugehörigen ablösbaren Darlehen entsprechend getilgt habe. Er gab bekannt, dass in Bezug auf das vorläufige gesicherte Überschwemmungsgebiet Starzelbach, Gröbenbach, Ascherbach der Zeitraum bis 11. Januar 2023 verlängert und die Überschwemmungsgebietskulisse aktualisiert worden sei. Ansehen könne man es sich im Umweltatlas Bayern. Weiter gab er bekannt, dass die Stadt einen Kooperationsvertrag mit der Firma GVG Glasfaser GmbH geschlossen habe. Diese plane den eigenwirtschaftlichen Ausbau des Glasfasernetzes in ganz Puchheim. Hierzu werde in den nächsten Monaten eine Markterkundung durchgeführt. Des Weiteren gab der Vorsitzende bekannt, dass der Stadtrat sich mit der Entwicklung der Potentialfläche Alpenstraße befassen werde. Man habe sich auf einen Grundkonsens geeinigt. Hauptziel sei dabei die Schaffung von Wohnraum. Gemeinsam mit den Puchheimer Bürgerinnen und Bürgern werde das Gremium ein nachhaltiges städtebauliches Konzept entwickeln.

**TOP 4      Freiflächengestaltungssatzung - hier: Satzungserlass**

Der Vorsitzende führte in den Tagesordnungspunkt ein. Zweiter Bürgermeister Dr. Sengl erläuterte weitere Hintergründe zur Thematik und betonte, dass man nun sinnvolle Regelungen vorliegen habe, die auch anwendbar seien. Es handle sich nicht um eine Überreglementierung. Allerdings werde sich die Überprüfung der Umsetzung schwierig gestalten. Der Vorsitzende erklärte, dass die Regelungen nicht für Bestandsbauten gelten. Stadträtin Dr. Matthes betonte, dass der öffentliche Raum Aufenthaltsqualität brauche. Angesichts der Verdichtung seien Artenvielfalt und Grün wichtig für das Mikroklima. Die Vorschlagsliste für Bäume gebe eine gewisse Richtung vor und die Regelungen seien gut umsetzbar. Auf die Anregung von Stadtrat Hoiß, aufgrund der zunehmenden Belastung durch Pollenallergien die Birke aus der Liste zu streichen, erklärte der Vorsitzende, dass er eine umfassende Öffentlichkeitsarbeit diesbezüglich als zielführender erachte. Er sicherte zu, dass er das Anliegen von Stadtrat Hoiß in Bezug auf städtische Pflanzungen weitergeben werde. Stadtrat Koch bemängelte, dass die Satzung ausschließlich für Neubauten gelte und keine Anreize für das Pflanzen von Grün enthalte. Es handle sich lediglich um eine Ansammlung von Vorschriften, die Bauen komplexer und teurer mache, was angesichts des fehlenden bezahlbaren Wohnraums nicht zielführend sei. Der Vorsitzende wies auf eine online Gartenberatung seitens der Stadt hin, die Bürgerinnen und Bürger in Anspruch nehmen könnten. Stadträtin Gigliotti betonte, dass der Umweltschutzgedanke der zentrale Gedanke der nächsten Jahrzehnte sein müsse unabhängig von den entstehenden Kosten. Es sei daher wichtig, dass die Stadt sich eine Satzung gebe. Stadtrat Koch wiederholte, dass er ein Anreizsystem für sinnvoll erachten würde. Bürgerinnen und Bürger, die bestimmte Vorgaben umsetzten, sollten sich so einen Spielraum für andere Aspekte erarbeiten können. Der Vorsitzende bat um Abstimmung.

**Beschluss**

Der Stadtrat beschließt die Satzung über die Gestaltung und Ausstattung unbebauter Flächen bebauter Grundstücke und über die Begrünung baulicher Anlagen (Freiflächengestaltungssatzung) in der vorgeschlagenen Form. Die Satzung mitsamt der Anlage Artenliste ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:      Ja 22    Nein 7    Anwesend 29    Befangen 0

**TOP 5      Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Puchheim**

Herr Tönjes führte in den Tagesordnungspunkt ein. Er erläuterte Hintergründe zum Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung. Es fehlten noch Anwendungshinweise des Staatsministerium des Inneren sowie Umsetzungshinweise der kommunalen Spitzenverbände. Er erläuterte, dass für einen Beschluss in Bezug auf die Sitzungsteilnahme von Stadtratsmitgliedern durch Ton-Bild-Übertragung eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sei. Ein hauptamtliches Stadtratsmitglied müsse immer anwesend sein. Das Thema Streaming habe der Gesetzgeber nicht geregelt. Die Regelung sei befristet bis 31. Dezember 2022. Er legte die von der Verwaltung vorgeschlagenen Rahmenbedingungen dar. Er wies darauf hin, dass derzeit nicht in allen Sitzungsräumen die technischen Möglichkeiten gegeben seien. Im Falle einer Zuschaltmöglichkeit bei Ausschusssitzungen sei es nicht mehr realisierbar, diese an thematisch angepassten Orten durchzuführen. Auf die Frage von Stadträtin Kamleiter nach der konkreten Umsetzung erläuterte der Vorsitzende, dass die technische Umsetzung über Meetingtools laufen werde. Hierfür werde man im PUC bzw. im Sitzungssaal des Rathauses den großen Fernseher und die Mikrofonanlage nutzen. Es sei nicht ganz einfach, aber technisch lösbar. Stadträtin Kamleiter betonte, dass es wichtig sei, die Möglichkeit der Zuschaltung für Puchheim umzusetzen. Stadtrat Schneider begrüßte dies ebenfalls, zeigte sich aber skeptisch im Hinblick auf die veranschlagten Kosten von 10.000 Euro. Er bat um eine genaue Aufstellung der erforderlichen technischen Ausrüstung. Herr Tönjes erklärte, dass eine Grundausstattung vorhanden sei. Es hänge auch von der Anzahl der Zuschaltungen ab. Zusätzlich stehe das Thema Streaming von Stadtratssitzungen an. Er schlage vor, nun zunächst die Zuschaltungen zu testen und dann im Zusammenhang mit der Entscheidung zum Streaming die Technik entsprechend aufzurüsten. Stadträtin Gigliotti schlug vor, den Tagesordnungspunkt zurückzustellen und zu einem späteren Zeitpunkt gemeinsam mit dem Thema Streaming zu entscheiden. Der Vorsitzende erklärte, dass dies nicht nur technisch zwei unterschiedliche Systeme seien. Im einen Fall handele es sich um eine Angelegenheit im Rahmen der Gemeindeordnung und im anderen Fall gehe es um Öffentlichkeitsarbeit. Angesichts der unsicheren Entwicklung der Pandemie dulde die Sache keinen Aufschub. Dennoch sehe er Präsenz als das wesentliche Element eines Stadtrates. Es sei aber möglich, dass durch diese Flexibilisierung ein positiver Effekt entstehe und mehr Menschen sich in der Kommunalpolitik engagierten. Stadträtin Dr. Matthes betonte, dass Präsenz in einer Stadtratssitzung grundsätzlich wünschenswert sei. Man soll aber das Thema nun zügig auf den Weg bringen und die Zuschaltmöglichkeit realisieren. Stadtrat Hoiß äußerte große Bedenken hinsichtlich der Sicherheit bei nichtöffentlichen Sitzungen. Es sei nicht möglich, sicherzustellen, dass keine weitere Person mithöre. Zudem sei fraglich, inwieweit die Qualität der Datenübertragung ausreiche. Zweiter Bürgermeister Dr. Sengl schlug vor, die Zuschaltmöglichkeit zunächst nur für Stadtratssitzungen zu beschließen, da es, anders als bei den Ausschüssen, hier nicht möglich sei, sich vertreten zu lassen. Stadtrat Knürr erklärte, dass er befürworten würde, die Anzahl der online Teilnehmenden

zu begrenzen. Stadtrat Honold betonte, dass er eine Zuschaltmöglichkeit angesichts der Pandemie für notwendig erachte, grundsätzlich aber die Präsenz vor Ort bevorzuge. Er plädierte dafür, die Zuschaltmöglichkeit nur für Sitzungen des Stadtrates zu beschließen. Stadtrat Koch erklärte, dass die technische Ausstattung für Zuschalten und Streaming sich kaum unterscheide, es gehe lediglich darum, die Übertragung in verschiedene Systeme einzuspeisen. Zuschalten solle seiner Meinung nach möglich sein, da es um eine Lösung für Notfälle gehe. Stadträtin Strobl-Viehhauser erklärte, dass es zu viele Unsicherheiten und Unwägbarkeiten gebe und der Stadtrat sich daher dagegen entscheiden solle. Stadtrat Krebs wies darauf hin, dass jedes Stadratsmitglied jederzeit mit einem Smartphone Sitzungen aufzeichnen könne. Der Vorsitzende bat um eine grundsätzliche Entscheidung in Bezug auf die Ermöglichung einer Sitzungsteilnahme per Ton-Bild-Übertragung.

### **Beschluss**

Der Stadtrat beschließt eine Änderung der Geschäftsordnung dahingehend, dass die grundsätzliche Sitzungsteilnahme mittels Ton-Bild-Übertragung ermöglicht wird.

Abstimmungsergebnis: Ja 23 Nein 6 Anwesend 29 Befangen 0

Eine Zweidrittelmehrheit sei somit gegeben. Der Vorsitzende bat um weitere Abstimmungen zur Konkretisierung des vorausgegangenen Beschlusses.

### **Beschluss**

Der Stadtrat beschließt eine Änderung der Geschäftsordnung dahingehend, dass die Sitzungsteilnahme mittels Ton-Bild-Übertragung für alle Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse zugelassen wird.

Abstimmungsergebnis: Ja 6 Nein 23 Anwesend 29 Befangen 0

### **Beschluss**

Der Stadtrat beschließt eine Änderung der Geschäftsordnung dahingehend, dass die Sitzungsteilnahme mittels Ton-Bild-Übertragung nur für Plenumsversammlungen zugelassen wird.

Abstimmungsergebnis: Ja 24 Nein 5 Anwesend 29 Befangen 0

Herr Tönjes erklärte, dass der Stadtrat über den genauen Wortlaut der Änderung der Geschäftsordnung abstimmen müsse. Darüber hinaus könne noch darüber abgestimmt werden, ob die Zuschaltmöglichkeit nur bei einem sachgerechten Grund oder voraussetzungslos möglich sein solle. Stadtrat Koch erklärte, dass eine Begründung in der Regel in einem sehr persönlichen Bereich liegen werde und er daher davon Abstand nehmen wolle. Der Vorsitzende schloss sich dieser Ansicht an. Es gehe darum, eine voraussetzungslose Notlösung für die Stadträtinnen und Stadträte zu ermöglichen. Er bat um Abstimmung des weitergehenden Antrags.

### **Beschluss**

Der Stadtrat beschließt eine Änderung der Geschäftsordnung dahingehend, dass die Sitzungsteilnahme an Sitzungen des Plenums mittels Ton-Bild-Übertragung voraussetzungslos gewährleistet und eingerichtet wird.

Abstimmungsergebnis: Ja 25 Nein 4 Anwesend 29 Befangen 0

Herr Tönjes erklärte, dass man in den ursprünglichen Wortlaut der Beschlussvorlage lediglich das Wort „ausschließlich“ einfügen müsse, um zu verdeutlichen, dass die Sitzungen des Stadtrates gemeint seien. Stadtrat Koch erkundigte sich, ob dieser Beschluss eine Verpflichtung der Stadt nach sich ziehe, die Stadträt:innen mit einer entsprechenden technischen Ausstattung zu versorgen. Der Vorsitzende erklärte, dass die Mitglieder des Gremiums bereits über die technische Ausstattung verfügten und die Stadt Lizenzen für Konferenzsoftware habe. Den Internetzugang sicherzustellen, sei Sache des jeweiligen Mitglieds. Auf Nachfrage von Stadtrat Honold erklärte Herr Tönjes, dass die zeitliche Befristung bis zum 31. Dezember 2022 der Vorgabe des Gesetzgebers entspreche. Stadträtin Ponn erkundigte sich, ob die Zuschaltmöglichkeit bereits in der nächsten Sitzung des Stadtrates gegeben sein werde, was Herr Tönjes bejahte.

### **Beschluss**

Der Stadtrat beschließt folgende Änderung der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Puchheim:

#### **Art. 1**

#### **Änderung der Geschäftsordnung**

Nach § 20 wird folgende Vorschrift eingefügt:

## **§ 20a**

### **Sitzungsteilnahme durch Ton-Bild-Übertragung**

Stadtratsmitglieder können gem. Art. 47a GO an den öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen ausschließlich des Stadtrates mittels Ton-Bild-Übertragung (Zuschaltung) teilnehmen. Sie gelten in diesem Fall als anwesend im Sinn von Art. 47 Abs. 2 GO. Stadtratsmitglieder, die durch Zuschaltung teilnehmen wollen, müssen dieses Verlangen spätestens am dritten Werktag vor der Sitzung gegenüber dem Ersten Bürgermeister geltend machen; ein Eingang in der Geschäftsstelle des Stadtrates ist fristwährend. Auf eine Zuschaltung nach Ablauf dieser Frist besteht kein Anspruch.“

## **Art. 2**

### **Inkrafttreten**

Diese Regelung tritt am 01.05.2021 in Kraft und mit Ablauf des 31.12.2022 außer Kraft.

Abstimmungsergebnis:        Ja 25    Nein 4    Anwesend 29    Befangen 0

## **TOP 6        Geldanlage bei der Greensill Bank AG; Zwischenbericht des Rechnungsprüfungsausschusses; Antrag der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses**

Der Vorsitzende führte in den Tagesordnungspunkt ein und bedankte sich beim Rechnungsprüfungsausschuss für die bereits geleistete Arbeit. Er bat die Stadträtinnen und Stadträte, den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses Vertrauen entgegen zu bringen, dass eine sachlich objektive Aufarbeitung der Angelegenheit gewährleistet werde. Er bat auch darum, die Mitglieder des Ausschusses nicht zu überfordern. Es handele sich um ein ehrenamtliches Gremium. Die Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Stadträtin Wiesner, berichtete, dass bereits sechs Sitzungen stattgefunden hätten, in denen Unterlagen gesichtet worden seien. Man habe viele zu klärende Fragen gesammelt und Termine mit Mitarbeitenden der Stadtverwaltung vereinbart, um entsprechende Gespräche zu führen. Aufgrund der Erfahrungen aus der bisherigen Arbeit hätten die Mitglieder des Ausschusses sich entschlossen, einen Antrag zu stellen auf Einrichtung einer unabhängigen Kommission. Es sei wichtig, dass insbesondere die anstehenden Gespräche mit Betroffenen nichtöffentlich und ohne die Anwesenheit weiterer Stadträt:innen stattfänden. Im Mittelpunkt stünden hierbei der Schutz von persönlichen Daten und eine vertrauensvolle Kooperation mit Mitarbeitenden der Stadt. Stadträtin Kamleiter erklärte, dass sie sich um die Außenwirkung dieser Maßnahme Sorge und erkundigte sich nach der entsprechenden Rechtsgrundlage. Sie bat Herrn Tönjes um eine Formulierung des Beschlusses ohne

Änderung der Geschäftsordnung. Stadtrat Schneider äußerte seine Bedenken in Bezug auf den Antrag des Rechnungsprüfungsausschusses. Die geplante Kommission wolle alle Geldanlagen der Stadt untersuchen. Er erinnerte an die Frist von sechs Monaten und den ausdrücklichen Auftrag des Stadtrates die Geldanlage bei der Greensill Bank zu untersuchen. Der Stadtrat habe ausschließlich aus Gründen der Arbeitseffizienz dem Rechnungsprüfungsausschuss die Verantwortung für die Untersuchung der Angelegenheit übertragen. Daher müsse der Stadtrat weiterhin alle Informationen vom Ausschuss erhalten und der generelle Ausschluss weiterer Stadträt:innen von den Sitzungen der vorübergehend eingerichteten Kommission sei rechtswidrig. Datenschutz könne dies nicht rechtfertigen. Alle Stadträtinnen und Stadträte unterlägen der gleichen Verschwiegenheitspflicht. Es sei verständlich, dass bei Befragungen von Mitarbeitenden der Kreis klein gehalten werden müsse. Man werde sich diesbezüglich kollegial verhalten und die Untersuchungen nicht stören. Der Stadtrat als Herr des Verfahrens habe den Anspruch an sich selbst gestellt, dass der Prozess transparent aufgearbeitet werden müsse. Er bat darum, diesem Antrag nicht zuzustimmen. Er habe ohnehin schon zugesagt, dass er nicht an den Befragungen teilnehmen werde, daher habe ihn der Antrag überrascht. Stadtrat Koch erklärte, dass er gebeten worden sei, auf die Teilnahme an den Befragungen zu verzichten. Er als Finanzreferent habe ein besonderes Interesse an umfassender Information in Bezug auf die Aufklärung der Angelegenheit. Zudem sei seine Partei nicht im Rechnungsprüfungsausschuss vertreten. Er habe zugesagt, dass er vor den Befragungen ein Gespräch mit den Betroffenen führen wolle und auf besonderen Wunsch auf die Teilnahme verzichten werde. Dabei mache es einen Unterschied, wer befragt würde. Auch ihn habe der Antrag verwundert, da er davon ausgegangen sei, dass man sich mit den Mitgliedern des Ausschusses auf kollegiale Art geeinigt habe. Stadträtin Dr. Matthes erklärte, dass die Mitglieder des Ausschusses das volle Vertrauen der übrigen Stadtratsmitglieder verdienten. Wenn sie den Eindruck hätten, dass es diesen Beschluss brauche, dann müsse man das ernsthaft würdigen. Es gehe vor allem um den Schutz von persönlichen Rechten. Stadträtin Wiesner merkte an, dass Stadtrat Schneider und Stadtrat Koch nicht in aller Deutlichkeit zugesagt hätten, dass sie an den Befragungen nicht teilnehmen würden. Man werde aber ganz unabhängig von der Entscheidung des Stadtrates weiterarbeiten. Stadträtin Sippel betonte, dass der Stadtrat die Untersuchung der Angelegenheit an den Rechnungsprüfungsausschuss delegiert habe. Sie kritisierte, dass dieses Gremium durch das Beiwohnen weiterer Stadträt:innen noch erweitert werde. Der Ausschuss sei ohnehin schon sehr groß, so dass die Verhältnismäßigkeit bei Befragungen nicht mehr stimmig sei. Der Stadtrat erwarte vom Rechnungsprüfungsausschuss, dass er umfassend berichte. Stadtrat Schneider wiederholte, dass er nicht an den Befragungen teilnehmen werde, da dies nicht zweckdienlich sei. Dennoch sei der Stadtrat Herr des Verfahrens und daher gelten Gründe des Datenschutzes nicht. Herr Tönjes legte weitere Hintergründe zur gesetzlichen Grundlage dar. Die Einrichtung einer Kommission sei rechtlich zulässig im Rahmen der Überwachungsfunktion des Stadtrates. Das Gremium entscheide, wie die Überwachungsfunktion ausgeübt werden solle. Er betonte, dass in diesem Zusammenhang

persönliche Daten im Rahmen der Datenschutzgrundverordnung nur nach Maßgabe der Erforderlichkeit erhoben und weitergegeben werden dürften. Er empfahl, in Bezug auf die Einrichtung einer Kommission auf die Änderung der Geschäftsordnung zu verzichten. Es sei auch möglich, dies außerhalb der Geschäftsordnung zu regeln. Der Stadtrat könne dies unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit entscheiden. Stadtrat Krebs äußerte Bedenken in Bezug auf die Umwandlung des Ausschusses in eine Kommission. Er sei nicht dafür, die Geschäftsordnung dahingehend zu ändern und halte den Beschluss für rechtswidrig. Stadträtin Winberger erklärte, dass die Untersuchung der Greensill-Thematik nicht unmittelbare Aufgabe des Rechnungsprüfungsausschusses sei. Eine andere Betitelung des Gremiums zeige daher die Besonderheit des Prüfauftrags. Das Ansinnen, die Untersuchungen ohne das Beiwohnen weiterer Stadtratsmitglieder durchzuführen, sei aus gegebenem Anlass entstanden. Im Extremfall könnten 30 Personen an den Sitzungen des Rechnungsprüfungsausschusses teilnehmen. Dies sei nicht zielführend. Selbstverständlich werde der Stadtrat umfassend informiert. Es gehe darum, dass die Untersuchungen effizient durchgeführt werden könnten. Stadträtin Gigliotti äußerte Verständnis für das besondere Informationsbedürfnis von Stadtrat Koch. Sie könne jedoch nicht verstehen, warum zwei Personen aus der Fraktion der CSU im Rechnungsprüfungsausschuss Stadtrat Schneider nicht ausreichen. Stadtrat Schneider erklärte, dass er die Gründung einer Kommission als Misstrauen gegenüber den Stadträten empfinde. Er sehe keinen Anlass, eine Kommission einzurichten. Damit schaffe man Unsicherheit. Ihm sei wichtig, dass der Stadtrat eine gute Außenwahrnehmung wahre. Es sei kein Misstrauen gegenüber den Mitgliedern des Ausschusses, wenn der Auftraggeber sich informiere, auf welche Art und Weise die Beratungen stattfänden. Stadtrat Honold erkundigte sich, ob es möglich sei, Stadtratsmitglieder bei Befragungen stadtratsfremder Personen auszuschließen. Diesbezüglich verwies der Vorsitzende auf die vorausgegangenen Ausführungen von Herrn Tönjes. Stadtrat Koch forderte, von den Befragungen ein Wortprotokoll anzufertigen. Unter diesen Bedingungen würde er als Stadtrat auf die Teilnahme verzichten. Der Vorsitzende empfahl den Stadträtinnen und Stadträten das Anliegen der Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses ernst zu nehmen. Er bat um eine grundsätzliche Entscheidung in Bezug auf die Einrichtung einer Kommission. Stadtrat Koch merkte an, dass es für die Entscheidung relevant sei, mit welchen Rechten eine Kommission ausgestattet sei. Der Vorsitzende bat um Abstimmung.

## **Beschluss**

Nach Antrag des Rechnungsprüfungsausschusses richtet der Stadtrat vorübergehend eine unabhängige Kommission zur Aufklärung des Falles Greensill ein, die keine Beteiligung weiterer Stadtratsmitglieder gewährleistet.

Abstimmungsergebnis:            Ja 21    Nein 8    Anwesend 29    Befangen 0

**Beschluss**

Die Einrichtung einer unabhängigen Kommission wird in die Geschäftsordnung aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: Ja 0 Nein 29 Anwesend 29 Befangen 0

Der Vorsitzende schlug vor, den Antrag dahingehend zu verändern, dass nur die Geldanlagen, die im Zusammenhang mit dem Vorfall Greensill stünden, untersucht werden sollten. Stadtrat Hoiß bat darum, den Wortlaut in seiner ursprünglichen Form zu belassen, da möglicherweise auch die Untersuchung weiterer Geldanlagen für dieses Verfahren relevant sein könne. Es werde zu keiner Zeitverzögerung führen. Stadtrat Schneider erklärte, dass es für ihn wichtig sei, zu wissen, ob der Rechnungsprüfungsausschuss einen konkreten Zeitplan habe. Der Ausschuss müsse zusichern, dass alles fristgerecht vorliege. Der Vorsitzende bat um Abstimmung.

**Beschluss**

Abs. 1: Der Stadtrat richtet zur Überprüfung und Aufklärung der Geldanlagen der Stadt Puchheim vorübergehend eine unabhängige Kommission ein. Über die Auflösung der Kommission entscheidet der Stadtrat. Die Kommission ist an den ihr erteilten Untersuchungsauftrag gebunden; eine nachträgliche Änderung des Untersuchungsauftrages bedarf eines Beschlusses des Stadtrats.

Abstimmungsergebnis: Ja 25 Nein 4 Anwesend 29 Befangen 0

Abs. 2: Die Kommission setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses und tagt nichtöffentlich. Den Vorsitz führt die Vorsitzende / der Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses.

Abs. 3: Da Umstände aus dem persönlichen Lebensbereich von betroffenen Personen, Zeugen oder Dritten zur Sprache kommen können, deren Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen dieser Personen verletzen würde, findet § 24 Abs. 4 GeschO keine Anwendung.

Abstimmungsergebnis: Ja 26 Nein 3 Anwesend 29 Befangen 0

Abs. 4: Die Vorsitzende / Der Vorsitzende der Kommission berichtet dem Stadtrat regelmäßig in seinen Sitzungen.

Abs. 5: Die Kommission kann sich externer Unterstützung bedienen.

Abstimmungsergebnis: Ja 28 Nein 1 Anwesend 29 Befangen 0

Stadtrat Schneider erkundigte sich, ob die Formulierung in Abschnitt fünf in Bezug auf die Auswahl der externen Unterstützung bedeute, dass die Kommission die Auswahl selbstständig treffe. Der Vorsitzende erklärte, dass der übergeordnete Beschluss gelte. Herr Tönjes ergänzte, dass eine Kommission ebenso wie ein Ausschuss keine Vollzugskompetenz habe. Der Vorsitzende bat um Abstimmung zu Absatz sechs des Antrags. Stadträtin Wiesner erklärte, dass die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses Absatz sechs zurückzögen. Der Vorsitzende verwies auf den Antrag von Stadtrat Koch über die anstehenden Gespräche Wortprotokolle anzufertigen. Stadtrat Olschowsky erklärte, dass man hierfür Tonaufnahmen benötige. Dies sei nicht wünschenswert, da es die Gesprächsatmosphäre nicht entspanne. Von Seiten der Kommission werde es daher keine Wortprotokolle geben. Der Vorsitzende bat um Abstimmung des Antrags von Stadtrat Koch.

Abstimmungsergebnis: Ja 1 Nein 28 Anwesend 29 Befangen 0

Herr Heitmeir berichtete zum aktuellen Stand hinsichtlich des laufenden Insolvenzverfahrens sowie zu versicherungsrechtlichen Fragen. Die Kanzlei Dr. Eckert sei für das Insolvenzverfahren von einem kommunalen Konsortium beauftragt. Es gehe um die Geltendmachung von Ansprüchen. Des Weiteren sei die Kanzlei Dentons beauftragt zur Prüfung aller externen sonstigen Schadenersatzansprüche. Er erklärte, dass der Insolvenzverwalter darauf hingewiesen habe, dass im Insolvenzverfahren höchste Verschwiegenheit gelte.

## **TOP 7 Kindertagesbetreuung: Entlastung Elternbeiträge April und Mai 2021**

Herr Tönjes führte in den Tagesordnungspunkt ein. Ohne weitere Diskussion fasste der Stadtrat den Beschluss.

### **Beschluss**

Die bereits für die Monate Januar bis März beschlossene Übernahme von 30 % der pauschalisierten Elternbeiträge sowie die Anerkennung eines eventuellen Defizits im Rahmen der Defizitabrechnung wird auch auf die Monate April bis Mai 2021 erstreckt.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

**TOP 8 Bundestagswahl am 26. September 2021, "Erfrischungsgeld" für die ehrenamtlichen Wahlhelferinnen und Wahlhelfer**

Ohne weitere Diskussion fasste der Stadtrat den Beschluss.

**Beschluss**

Die ehrenamtlichen Mitglieder der Wahlvorstände erhalten für den Einsatz bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 ein Erfrischungsgeld in Höhe von 60 €.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass die Verwaltung im Rahmen der Impfpriorisierung Bescheinigungen für Wahlhelfende ausstellen werde, sobald alle berufen seien.

**TOP 9 Bestellung einer Beschäftigten zur Standesbeamtin des Standesamts Puchheim**

Ohne weitere Diskussion fasste der Stadtrat den Beschluss.

**Beschluss**

Der Stadtrat bestellt Frau Rita Burkhard mit Wirkung vom 1. Mai 2021 zur Standesbeamtin des Standesamts Puchheim.

Abstimmungsergebnis: Ja 29 Nein 0 Anwesend 29 Befangen 0

**TOP 10 Gaslieferung für kommunale Liegenschaften; Vorbereitung der Ausschreibung für den Lieferzeitraum ab 01.01.2022 bis voraussichtlich 01.01.2025; Festlegung von Produkt und Zuschlagskriterium**

Der Vorsitzende führte in den Tagesordnungspunkt ein. Stadträtin Kamleiter betonte, dass die Ausführungen von Stadtrat Honold sehr interessant seien. Es sei wünschenswert, dass vor Ort Maßnahmen ergriffen würden. Stadträtin Arnold betonte, dass man sich für zertifiziertes Erdgas entscheiden solle. Stadtrat Peukert unterstützte ebenfalls den Ansatz von Stadtrat Honold. Stadträtin Gigliotti betonte,

dass unklar sei, welche zusätzlichen Maßnahme vor Ort möglich seien. Sie erkundigte sich, was ein Goldzertifikat sei. Stadtrat Honold erklärte, dass hierbei soziale Gegebenheiten mitbeurteilt würden. Bezugnehmend auf die Frage von Stadtrat Peukert erklärte Herr Heitmeir, dass Energielieferungen generell auszuschreiben seien. Er erläuterte weitere Hintergründe zur Beschlussvorlage. Auf die Nachfrage von Stadtrat Dr. Matthes erklärte Herr Heitmeir, dass die veranschlagten Kosten von 60.000 Euro die reinen Gaskosten seien. Der Aufschlag für ein CO<sub>2</sub>-Zertifikat liege unter 0,5 Cent. Stadtrat Honold betonte, dass es sich immer um das gleiche Gas handele, egal ob man CO<sub>2</sub>-zertifiziertes oder nicht zertifiziertes Gas kaufe. Der Vorsitzende bat um Abstimmung des Beschlussvorschlags der Verwaltung.

### **Beschluss**

Die Gaslieferung für die kommunalen Liegenschaften für den Lieferzeitraum vom 01.01.2022 bis voraussichtlich 01.01.2025 ist europaweit auszuschreiben. Als Produkt wird CO<sub>2</sub>-neutrales zertifiziertes Erdgas und als Zuschlagskriterium der niedrigste Angebotspreis festgelegt.

Abstimmungsergebnis: Ja 16 Nein 13 Anwesend 29 Befangen 0

### **TOP 11 Empfehlung Kunstkommission über Ankauf eines Kunstwerkes in 2021**

Stadträtin Gigliotti erklärte, dass das Kunstwerk im Jahr 2021 nicht genutzt werden könne. Sie bat darum, den Antrag abzulehnen. Gegebenenfalls könne man es im nächsten Jahr erwerben. Auf die Nachfrage von Stadtrat Hoiß erklärte der Vorsitzende, dass das Kunstwerk im Bauhof aufbewahrt werde. Stadtrat Hoiß merkte an, dass noch keine Informationen zu den Unterhaltskosten vorlägen.

### **Beschluss**

Die Kunstkommission empfiehlt die Anschaffung des Kunstwerkes von Markus Heinsdorff. Für die Anschaffung sollen 20.000 Euro brutto eingeplant werden. Darüber hinaus ist die Finanzierung über Sponsoring durch Puchheimer Unternehmen sowie die Beantragung einer Förderung für Kunstinstallationen zu prüfen.

Abstimmungsergebnis: Ja 10 Nein 19 Anwesend 29 Befangen 0

**TOP 12      Mitteilungen und Anfragen**

Der Vorsitzende gab verschiedene Termine bekannt. Stadtrat Wuschig nahm Bezug auf den Bericht im Ausschuss für Öffentliche Sicherheit zur Alten Bahnhofstraße. Er erkundigte sich, wie die Informationen nun verteilt würden. Der Vorsitzende erklärte, er habe eine entsprechende Kopie vorliegen, die er weitergeben könne. Weiter erklärte Stadtrat Wuschig, dass bei den Modulhäusern an der Schwarzäcker Straße nicht genügend Fahrradabstellplätze vorhanden seien. Er bat darum, die Anzahl der Stellplätze zu erhöhen und diese zu überdachen. Der Vorsitzende sicherte zu, diese Anregung an die städtische Wohnraumentwicklungsgesellschaft WEP weiterzugeben. Stadtrat Hoiß erkundigte sich nach dem angekündigten Festakt zum Jubiläum der Stadterhebung am 17. Mai. Der Vorsitzende legte dar, dass der Festakt in einem sehr kleinen Kreis stattfinden werde mit einer Möglichkeit der digitalen Teilnahme für die Öffentlichkeit. Auf den weiteren Hinweis von Stadtrat Hoiß in Bezug auf die zunehmende Verschmutzung der Alten Bahnhofstraße, des Laurenzer Wegs und entlang des Gröbenbachs, erklärte der Vorsitzende, dass die Stadtverwaltung sich der Sache annehmen werde. Stadtrat Knürr bedankte sich bei den Stadträtinnen und Stadträten für die zugesagte Unterstützung bei der Flyerverteilung zur anstehenden Schaufensteraktion. Er erinnerte daran, keine Flyer in Briefkästen mit einem Aufkleber „Keine Werbung“ einzuwerfen. Weitere Anliegen betrafen Verkehrsangelegenheiten, die er in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit gemeinsam mit Stadtrat Olschowsky an die Verwaltung schicken werde. Stadträtin Arnold berichtete, dass sie angesprochen worden sei wegen feiernder Jugendlicher auf Spielplätzen. Generell werde an öffentlichen Orten wenig auf coronabedingte Vorschriften geachtet. Der Vorsitzende legte dar, dass der Gesetzgeber dies kontrollieren müsse. Die Stadt könne lediglich unterstützend tätig sein. Stadträtin Dr. Matthes erklärte, dass Puchheimer Eltern die Polizeikontrollen teils als sehr rigide empfänden. Auf ihre Frage, wie viele Bußgeldverfahren in der Stadt derzeit liefen, erläuterte Herr Tönjes, dass diese Information der Stadtverwaltung nicht vorliege. Man stehe aber im regelmäßigen Austausch mit der Polizei. Kontrollen würden mit Augenmaß durchgeführt. Stadträtin Wiesner erkundigte sich nach einer fehlenden Hundetoilette im Bereich der Sandbergstraße und berichtete von Rasern in der Gröbenzeller Straße. Stadtrat Ehrensberger erklärte, dass der Fußballplatz hinter dem Volksfestplatz in einem sehr schlechten Zustand sei und erkundigte sich, wer für die Pflege zuständig sei. Der Vorsitzende sicherte zu, dass die Stadtverwaltung sich der diversen Anliegen annehmen werde.

Der Vorsitzende beendete die öffentliche 12. Sitzung des Stadtrates um 22:31 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl  
Erster Bürgermeister

Isabell Wipiejewski